

Commitment für E-Government

Interview mit Maria Wimmer, Professorin am Institut für Wirtschafts- und Verwaltungsinformatik der Universität Koblenz-Landau, über die Rolle der Wissenschaft bei der Entwicklung von E-Government und künftige Forschungsfelder.

Frau Prof. Wimmer, würden Sie der Zeitrechnung zustimmen, dass der Begriff E-Government vor fünf Jahren Eingang in die Verwaltungssprache gefunden hat?

Die E-Government-Szene hat sich tatsächlich vor gut fünf Jahren entwickelt und danach brach ein richtiger Hype aus, der in den vergangenen zwei, drei Jahren wieder abflaute. Jetzt stellen wir – auch aus Sicht der Forschung – fest, dass eine Konsolidierung eingetreten ist.

EDV wurde in Verwaltungen schon viel früher eingesetzt. Was unterscheidet E-Government heutiger Prägung von

„Ich habe versucht, mich elektronisch anzumelden und war doch etwas enttäuscht.“

der damaligen Allgemeinen Datenverarbeitung?

Man kann sich natürlich fragen, ob E-Government alter Wein in neuen Schläuchen ist. Denn seit den 1970er-Jahren beschäftigen sich Verwaltungen mit Informationstechnologie. Damals ist auch das Fachgebiet Verwaltungsinformatik entstanden, das mit E-Government einen großen Aufschwung erlebte. Leider war die Wissenschaft etwas

isoliert. Erst in den vergangenen zwei Jahren bildete sich die Erkenntnis, dass Organisation und Technik verbunden sowie rechtliche Aspekte und auch Geschäftsprozesse berücksichtigt werden müssen. Nicht zuletzt müssen die Menschen bedacht werden. Es geht also um einen ganzheitlichen Ansatz.

Was wurde beim E-Government bisher erreicht?

Anfangs lag der Fokus darauf, Verwaltungsdienste online zu stellen, allerdings ohne die Prozesse anzupassen. Dies führte zu Enttäuschungen, weil die Services nicht durchgängig abgewickelt werden konnten. Der Online-Antrag ging ein und wurde abgetippt.

Mittlerweile modernisieren sich die Behörden intern und vernetzen sich untereinander. Dabei geht es nicht nur um die Verwaltungsmodernisierung, sondern auch darum, die Politik mit Informationstechnologie zu unterstützen.

Warum lag der Schwerpunkt zunächst auf Online-Bürgerservices?

Es war wohl eine strategisch-politische Entscheidung, zunächst

die Bürger in den Blick zu nehmen. Allerdings waren viele Verwaltungsverfahren nicht bereit für eine elektronische Abwicklung. Man hatte sich zuviel vorgenommen und die Projekte auch noch unstrukturiert umgesetzt. Es fehlte eine Priorisierung von Projekten und Vorgehensweisen.

Wie charakterisieren Sie die E-Government-Entwicklung auf der kommunalen Ebene?

Einige größere Städte haben sich sehr gut entwickelt. Allerdings sind kleinere Gemeinden ins Hintertreffen geraten, weil sie nicht die nötigen Mittel und Kapazitäten haben. Auf kommunaler Ebene fehlt ein standardisiertes Vorgehen, denn es macht keinen Sinn, dass jede Kommune ihre eigenen Lösungen entwickelt. Außerdem ist es nötig, den Dialog mit Land und Bund aufzunehmen, um Synergien zu schaffen und den Modernisierungsprozess wirtschaftlich zu gestalten.

Ihr Heimatland Österreich ist inzwischen einer der E-Government-Vorreiter



Prof. Dr. Maria Wimmer

in Europa. Wie hat die kleinere Alpenrepublik dies geschafft?

In Österreich gab es ein politisches Commitment aller Beteiligten. Bundeskanzler Schüssel richtete im Rahmen der E-Government-Initiative Gremien ein, in denen Bund, Länder und Kommunen vertreten waren. Somit waren alle Ebenen des Staates an der Konzeption gleichberechtigt beteiligt. Die Entscheidungen wurden also nicht von oben aufoktroziert. Die Basis-Infrastruktur für E-Government wurde mit Federführung des Bundes entwickelt und finanziert. Zudem wurden beispielsweise Standards im Bereich der elektronischen Aktenführung geschaffen, sodass es heute möglich ist, über alle Ebenen hinweg Dokumente und Akten elektronisch auszutauschen. Nicht zuletzt hat Österreich ein E-Government-Gesetz erlassen.

Wo steht Deutschland bei der IT-gestützten Verwaltungsmodernisierung?

Über den Stand der Dinge hierzulande kann ich noch kein gülti-

ges Urteil abgeben. Nach meinem Umzug habe ich versucht, mich elektronisch anzumelden und war doch etwas enttäuscht. Die Informationen sind zwar alle online gestellt, aber teilweise sehr schwer zu finden. Außerdem fehlte die Durchgängigkeit der Transaktion. Von Österreich her war ich anderes gewohnt.

Sie sind Mitbegründerin des Network of Informatics Research in Governmental Business, kurz egov-network. Welche Ziele verfolgt das Netzwerk?

Wir wollen die Forschung vernetzen und den Dialog mit der Praxis finden. An unserer Universität und im lokalen Umfeld lehren vier Professoren in Fachbereichen, die relevant sind für E-Government. Diese Kompetenz aus den Feldern mobile Kommunikation, Auswertung statistischer Daten und Methodenlehre, IT-Sicherheit und -Risk-Management sowie Verwaltungsinformatik wollen wir anderen zugänglich machen.

Welche Rolle können Verwaltungswissenschaft und Verwaltungsinformatik bei der weiteren Entwicklung und Umsetzung von E-Government spielen?

Wissenschaftler können untersuchen, ob die Ziele erreicht werden, sie können wissenschaftliche Methoden bei der Umsetzung eines Projektes einbringen und den Wissenstransfer organisieren. Und die Wissenschaft muss Grundlagenforschung betreiben. Mit dem kürzlich vorgelegten Forschungsplan E-Government des Fachausschusses Verwaltungsinformatik der Gesellschaft für Informatik wollen wir dies an die Politik herantragen: Wir brauchen finanzielle

Mittel, um diese Forschung zu betreiben. Leider wurde bisher bei vielen E-Government-Projekten die wissenschaftliche Begleitforschung nicht eingefordert. Es fehlte das Bewusstsein, dass Forschung einen wichtigen Beitrag leisten kann.

Wie wird sich E-Government in den nächsten Jahren entwickeln, welche Schwerpunkte lassen sich bereits heute erkennen?

Im Bereich Wissensmanagement und -strukturierung sehe ich ein großes Forschungsfeld. Viele Daten sind nicht verknüpft, weil die semantische Struktur fehlt. Neue Technologien wie das Semantic Web können helfen, die Informationen besser aufzubereiten. Weiterhin wichtig sind Standardisierung und Interoperabilität, die Vernetzung und durchgängiges E-Government erst ermöglichen. Auch das Thema Wirtschaftlichkeitsberechnung hat Zukunft. Hier fehlen noch wissenschaftliche Konzepte. Denn die Methoden der Privatwirtschaft können in der öffentlichen Verwaltung nicht angewendet werden.

Wie sieht die Verwaltung der Zukunft aus?

Bei der Leistungserstellung werden regionale Grenzen und Standorte künftig keine Rolle mehr spielen. Die Gesellschaft und ihre Institutionen werden viel vernetzter sein. Wo eine Leistung erbracht wird, ist damit nicht mehr relevant. Ich hoffe zudem, dass wir mit neuen Technologien eine bessere Beteiligung der Bürger am politischen Prozess erreichen können.

Alexander Schaeff

Zur Person

Prof. Dr. Maria A. Wimmer studierte Informatik an der Universität Linz. Am dortigen Institut für Informatik in Wirtschaft und Verwaltung lag ihr Schwerpunkt auf Forschung und Lehre im Bereich E-Government und Wissensmanagement. Im September 2004 wechselte Maria Wimmer in die IKT-Stabsstelle des österreichischen Bundeskanzleramtes. Maria Wimmer erhielt im November 2005 den Ruf an die Universität Koblenz-Landau. Sie leitet dort die Forschungsgruppe Verwaltungsinformatik (E-Government).